



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Österreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Aus Österreich.



Die erste Periode des ersten österreichischen „Vollparlamentes“ scheint abgeschlossen zu sein; wenn auch der förmliche Schluß erst nach den Osterferien zu erwarten ist, so nehmen doch die Organe aller Parteien an, daß eine weitere Thätigkeit diesem Reichsrathe nicht beschieden sein werde, und sie ziehen je nach ihrem Standpunkte die Bilanz.

Das erste Vollparlament! 1848 und 1861 blieben die Abgeordneten der italienischen Provinzen von vornherein weg (das Verhältniß zu Ungarn bleibt hier unberücksichtigt), dann zogen sich die Tschechen zurück und waren die ganze lange Zeit hindurch nicht zum Wiedereintritt zu bewegen. Graf Taaffe darf sich mithin rühmen, etwas zuwege gebracht zu haben, was vorher andre vergeblich versucht hatten. Allerdings zahlte er einen hohen Preis, indem er den Tschechen gestattete, mit einer Verwahrung gegen die Rechtsgiltigkeit der Verfassung einzutreten. Indessen argumentirten seine Anhänger so: „Lassen wir ihnen das Vergnügen, thatsächlich erkennen sie die Verfassung ja doch an, und das ist die Hauptsache. Sitzen die verschiedenen Nationalitäten nur einmal wieder beisammen, sehen sie, daß jeder von ihnen innerhalb des Rahmens des Gesamtstaates ihr Recht wird, so gerät der Protest in Vergessenheit.“ Wie wenig sich solche Hoffnungen erfüllt haben, ist bekannt. Anstatt sich verständigt zu haben, stehen die nationalen Parteien heute einander feindseliger gegenüber als je zuvor, und in den letzten Sitzungen kam eine Erbitterung zum Ausdruck, die kaum in den Grenzen des parlamentarischen Anstandes zu halten war. Wie bezeichnend war jene stürmische Szene am 18. März! „Man will uns zu Heloten des Slaventhums machen, man will uns dazu machen, wozu man die Ruthenen in Galizien und die Italiener in Dalmatien herabgedrückt hat,“ sagte

Grenzboten II. 1885.

ein neu eingetretener Abgeordneter aus Nordböhmen, Dr. Knoch, und: „Lassen Sie die Ruthenen in Ruhe!“ schrie, mit geballten Fäusten auf ihn zustürzend, Julian Czernawski dem Redner zu, ein bejahrter Herr, ruthenischer Abkunft, zur Zeit der Minister Bach und Thun „germanisirender“ Schulinspektor in Galizien und gegenwärtig fanatischer Pole und Autonomist. Charakteristisch ist die Szene nicht allein, weil sie zeigt, wie weit die Versöhnung gediehen ist, und wie alle andern Nationalitäten des Reiches sich von „der steigenden slawischen Flut“ bedroht fühlen, sondern auch, weil sich dabei eine jener Figuren in den Vordergrund drängte, welche so große Mitschuld an dem jetzigen Zustande tragen, daß sie besser thäten, „sich auf ewig zu verbergen.“ Keine dienstbereiteren Werkzeuge fand der nivellirende Absolutismus der fünfziger Jahre, als Slawen; tschechische Beamte und Lehrer überschwemmten Ungarn und machten — das Deutschtum verhaßt, als dessen Apostel sie sich gerirten, der niedere tschechische Beamte war in allen deutschen Kronländern gefürchtet und verrufen, und Herr Czernawski ist durchaus nicht der einzige, der seine zentralistischen Jugendsünden jetzt durch föderalistische Agitation und Deutschenhaß abzubüßen sucht. Die Polen scheint es schon nervös zu machen, wenn die Existenz der Ruthenen nur erwähnt wird! Und dieser nach Millionen zählende Volksstamm ist darauf gefaßt, im nächsten Parlamente garnicht mehr vertreten zu sein. Desgleichen erwarten die Deutschen eine beträchtliche Anzahl Sitze zu verlieren, dort nämlich, wo die Landesbehörden den Slawen wenigstens größere Sympathie entgegenbringen als jenen; und wenn nicht alle Zeichen trügen, werden aus den Kronländern mit gemischter Bevölkerung keine versöhnlichen Deutschen deputirt werden. Denn obschon die „Vereinigte Linke“ sich durch ihre Wähler hat ein tüchtiges Stück von dem Boden der einstigen „Verfassungspartei“ wegdrängen lassen und gegenwärtig fast nur eine nationale Partei bildet, so ist man doch namentlich in Nordböhmen und Steiermark noch keineswegs mit ihrer Haltung zufrieden; von dort her wird der linke Flügel der Partei gewiß Zuwachs erhalten auf Kosten des rechten, und dort ist schon wiederholt der Ruf „Abstinenz!“ erhoben worden. Ob die slawisch-sklavale Mehrheit auf diese Stimmung Rücksicht nehmen, bedächtiger vorgehen wird, ist wohl sehr fraglich, wenn sie, wie zu erwarten ist, gestärkt aus dem Wahlkampfe hervorgehen sollte. Und so könnten wir leicht abermals vor einem Kumpfparlamente stehen, nur daß sich diesmal die Lücke auf der andern Seite zeigen würde.

Das sind untröstliche Aussichten, und es ist begreiflich, daß die oppositionellen Blätter sich und ihre Anhänger durch das Entwerfen freundlicherer Perspektiven bei gutem Mute zu erhalten suchen. Für diesen Zweck müssen die offenkundigen Zernwürfnisse innerhalb der parlamentarischen Majorität und die Verstimmung einzelner Fraktionen gegen die Regierung herhalten. Nun ist es richtig, daß fast alle Getreuen des Ministeriums sich anstellen, als wollten sie diesem den Dienst aufkündigen, weil es nicht alle ihre Blühträume hat

greifbare Wahrheit werden lassen. Aber dieses Spiel hat sich schon so oft wiederholt! Eigentlich zufrieden ist die polnische, die tschechische und die ultramontane „Delegation“ niemals, jede findet sich stets hintergangen, übervorteilt oder mindestens zurückgesetzt, und zumal wenn das Wiedersehen mit den Wählern in Aussicht steht, werden trübselige Berechnungen angestellt, wie zwischen Gliubstern, die sich zu einem Beutezuge verbündet haben und bei der Teilung in Mißhelligkeiten geraten sind. Diese Spiegelfechtereien sollten niemand mehr täuschen. Jede Partei weiß doch, daß sie von jedem Zuge etwas mitbringt, was dem Gesamtstaat oder den Deutschen abgenommen worden ist, jede fordert mehr, als sie zu bekommen hofft, um des letzteren desto sicherer zu sein, unterstützt die Forderungen auch durch Drohungen, hütet sich aber wohl, die Drohungen auszuführen. Denn wie sollte die Regierung beschaffen sein, welche den Separatisten noch günstiger wäre als die jetzige? Wenn an die Rechte des Parlaments die Aufforderung erginge, ein Ministerium zu bilden, so würde nicht nur unter den nationalen Gruppen, sondern innerhalb derselben zwischen Radikalen und Gemäßigten, Ungläubigen und Gläubigen offener Hader entbrennen; und käme wirklich ein reinföderalistisches Ministerium zustande, so könnte es sich doch nur kurze Zeit halten. Haben doch jetzt schon die konservativen Deutschen sich wiederholt von der Majorität losgesagt. Deshalb hütet sich diese wohl, die Regierung in einer wichtigen Frage im Stiche zu lassen.

Den Beweis dafür hat noch zuguterletzt die Entscheidung in der Nordbahnfrage geliefert. Die Bevölkerung hatte sich allerorten so bestimmt für die Verstaatlichung der Bahn bei billiger Abfindung der Konzeßionäre ausgesprochen, daß die bisherigen Gegner dieser Lösung der Frage auf der Linken des Abgeordnetenhauses und in deren Presse sich, wenigstens schweigend, fügten; im rechten Zentrum trat man energisch für die Verstaatlichung ein, und in den unmittelbar interessirten slavischen Landesteilen war die Stimmung dieselbe. Aber die Regierung war, wie man sagt, die Verpflichtung eingegangen, die Erneuerung der Konzeßion durchzusetzen, nachdem die anfangs sehr übermütig aufgetretene Gesellschaft sich nach und nach zu diskutirbaren Vorschlägen herbeigelassen hatte. Und nun vollzog sich folgendes Schauspiel. Auf der Rechten behandelte man die Frage als eine politische; die Opposition durfte nicht siegen, und diesem Gebot mußten die volkswirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden; die Linke nahm nicht denselben Standpunkt ein, diejenigen Mitglieder, welche aus prinzipiellen oder persönlichen Gründen nicht für die Verstaatlichung stimmen mochten, absentirten sich, und das linke Zentrum, der kleine vom Grafen Coronini geführte Klub, reichte der Regierung und der Rechten die rettende Hand, indem er in letzter Stunde Anträge einbrachte, welche die von der Kritik am heftigsten angegriffenen Punkte der Vorlage beseitigten.

Daß die Opposition aus dieser Erfahrung eine Lehre ziehen werde, ist kaum zu erwarten. Sie ist zu schwach, um selbständig irgendetwas durchsetzen

zu können, sie wird vielleicht künftig zu schwach sein, um selbständig eine Verfassungsrevision (welche zwei Drittel der Stimmen erfordern würde) zu verhindern, und in welcher Richtung eine Revision würde vorgenommen werden, beweist hinlänglich die eine Thatsache, daß sogar aus dem Munde eines Ministers zu hören war, das „böhmische Staatsrecht“ müsse respektirt werden; die Verständigung mit den konservativen Zentren aber würde sie auf jeden Fall vor Vergewaltigung schützen, könnte möglicherweise das Übergewicht auf ihre Seite bringen. In bäuerlichen und gewerblichen Kreisen ist eine Bewegung im Gange, welche den deutschkonservativen Elementen im Hause Verstärkung zu verheißen scheint. Und eben diese Elemente stellen sich in den nationalen Konflikten auf die Seite ihrer Stammesgenossen. Steht nun den Liberalen ihr Deutschtum wirklich so hoch, wie sie jetzt versichern, so scheint es selbstverständlich, daß sie sich jenen einzigmöglichen Bundesgenossen zu nähern suchen, daß sie theoretische Meinungsverschiedenheiten auf sich beruhen lassen, bis der gemeinschaftliche Feind geschlagen wäre. Aber zu diesem Zwecke müßte der bornirte Abscheu gegen jede Mittelpartei überwunden, müßte manches Dogma aufgegeben werden, wie der Glaube an die alleinseligmachende Kraft der achtjährigen Schulpflicht, der unbeschränkten Gewerbefreiheit u. s. w. Und zu solchen Opfern entschließt sich ein echtgefärbter Liberaler nicht, brennte ihm auch das Haus über dem Kopfe!

Wohl ist es denkbar, daß der Eine oder der Andre ein ähnliches Räsonnement anstellt, sobald er ganz mit sich allein ist. Aber dann kommt die Zeitung und schärft ihm die liberale Glaubenslehre von neuem ein, malt jegliche Kezerei mit den schwärzesten Farben, überschüttet mit dem bittersten Haß und giftigsten Hohn alle, die auch gute Deutsche zu sein glauben, jedoch das Unglück haben, weder Juden noch Indifferente zu sein, in der Freitheilbarkeit des Bodens, Freizügigkeit und ähnlichen Errungenschaften nicht den Inbegriff aller Glückseligkeit erblicken — und dann graut ihm bei dem Gedanken, daß auch er einmal so der Verachtung aller Edel denkenden preisgegeben werden könnte. Also Deutschtum und Freiheit, die die Zeitungen meinen, nicht eins ohne die andre! Und darüber werden sie um beide kommen.

